

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens.

№. 68. Die „Lodz Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Pl. 5.—, wöchentlich Pl. 1.25; Ausland: monatlich Pl. 8.—, jährlich Pl. 96.— Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Bettrikauer 109
Telephon 136-90. Postkontokonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengepaunte Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreizehnpaunte Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenaufträge 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

8. Jahrg.

Die Krise der Regierung Müller.

Ergebnislose Besprechungen.

Berlin, 10. März. Die für Sonntag nachmittag 4 Uhr unter dem Vorsitz des Reichszanckers anberaumten Verhandlungen der Regierungsparteien mußten bereits nach halbstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen werden. Die politisch-parlamentarische Lage hat dadurch eine außerordentliche Verschärfung erfahren.

Eine Entscheidung über die Klärung der Situation bzw. das Schicksal des Kabinetts Hermann Müller dürfte bis spätestens Dienstag nachmittag zu erwarten sein.

Die Krise der Regierung Müller ist aukt seit jenem Beschluß der Volkspartei, in dem das Klotopfer abgelehnt und wenn auch nicht offen — so doch indirekt ein Abbau der Arbeitslosenversicherung gefordert wird. Seit diesem Beschluß war es klar, daß die Volkspartei zurzeit keine größere Sehnsucht kennt, als möglichst schnell aus der Regierungskoalition herauszukommen.

Die Haltung der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 10. März. Die Deutsche Volkspartei steht in allen wichtigen Fragen im schroffsten Gegensatz zu den beiden volksparteilichen Ministern. Nach dem Verlauf der Besprechungen ist kaum noch daran zu zweifeln,

daß die Deutsche Volkspartei es auf den Bruch der jetzigen Regierungskoalition abgesehen hat.

Jugendheim Bemühen, die Krise zu vermeiden, eine Verständigung zu fördern, ist bei der Deutschen Volkspartei nicht zu erkennen. Da andererseits das Zentrum nach wie vor

keine Zustimmung zum Young-Plan davon abhängig macht, daß zuvor eine Verständigung in den Finanzfragen gefunden ist, so gibt es im Augenblick nur zwei Auswege: Entweder die Vertagung über die Entscheidung der Young-Gesetze bis zu einer Verständigung mit der Deutschen Volkspartei oder die Verständigung der Regierungsparteien unter Ausschluß der Deutschen Volkspartei. Ob eine von diesen beiden Möglichkeiten durchführbar ist, steht noch dahin. Gegen die Vertagung der Entscheidung über den Young-Plan erhebt die Reichsregierung die stärksten außen- und innenpolitischen Bedenken. Die Verständigung ohne die Deutsche Volkspartei ist zwar etwas leichter, hat aber auch erst die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, die mit dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und den Demokraten zurzeit noch bestehen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt am Sonnabendnachmittag eine Besprechung ab, um den Bericht über die Verhandlungen der Parteiführer entgegenzunehmen. Ueber das Ergebnis der Besprechung wird mitgeteilt, daß sich an der Haltung der Fraktion nichts geändert hat. Ihre Vertreter werden bei der Parteiführerbesprechung am Sonntag den bisherigen Standpunkt der Fraktion unverändert vertreten.

Dieser „bisherige Standpunkt“ läuft, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, darauf hinaus, das Regierungsschiff unter allen Umständen möglichst schnell zu verlassen. Die Gruppe, die sich in der volksparteilichen Fraktion noch zur großen Koalition bekennt, umfaßt 10 Abgeordnete.

Das Ziel der Seemächtekonferenz.

Ein Fünfmächteabkommen.

London, 10. März. Die englische Morgenpresse berichtet heute, daß die Londoner Flottenkonferenz nunmehr mit der Frage der Angleichung der Flottenprogramme auf einem gefährlichen Gebiet sei, das bisher stets zu Fehlschlüssen geführt hätte. Diese Frage könne nicht durch die Sachverständigen, sondern müsse von Staatsmännern gelöst werden. Bisher hätten sich jedoch keine unüberwindlichen Hindernisse ergeben. Das Ziel der Konferenz sei nach wie vor ein 5-Mächteabkommen.

London, 10. März. Ministerpräsident Macdonald betonte am Sonntag in einem Rundfunkvortrag, der von England nach Amerika übertragen wurde, daß ein eventuelles politisches Abkommen, das in London zwischen den Seemächten getroffen werden würde, keineswegs militärischen Charakter tragen würde. Es sei vielmehr beabsichtigt, zwischen den Seemächten das Versprechen gegenseitigen guten Willens und wechselseitiger friedlicher Absichten zu erzielen, die sich auf der Linie der von Präsident Hoover in dem selbst in Amerika abgegebenen Erklärung halten werde. Ein derartiges Versprechen müsse die Möglichkeit weitestgehender Herabsetzung der Schiffsbauprogramme bieten, damit die Staatsmänner irgendwelches Vertrauen in die gegenseitigen Unterschriften setzen.

25. Jahrestag des Schulstreiks.

Große Jubiläumsfeier.

Warschau, 9. März. Gestern um 11.15 Uhr vormittags fand im Saale des Museums für Industrie und Landwirtschaft, Krakauer Vorstadt 66, eine feierliche Akademie aus Anlaß des 25. Jahrestages des Schulstreiks statt. Die Akademie war mit einer außerordentlichen Tagung der Vertreter des Berufsverbandes polnischer Mittelschullehrer verbunden, die in Uebereinstimmung mit dem Verbande polnischer Volksschullehrer einberufen wurde. Ansprachen hielten: Genosse L. Wojenski, Prof. St. Drzewiecki und Abg. J. Nowicki. Musikalische Darbietungen umrahmten die Feier

Schretdensurteile der Mussolini-Gerichte.

(P. G.) In einem Prozeß gegen dreizehn slowenische Kommunisten aus dem Grenzgebiet von Trien hat das außerordentliche Gericht zum Schutze des Staates das Urteil gefällt. Zwei der Hauptangeklagten wurden der Verschwörung gegen den Staat und das Regime für schuldig befunden und zu neunzehn und zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt. Drei weitere Angeklagte wurden zu je zehn Jahren und sechs Angeklagte wegen jugendlicher Art zu kommunistischen Partei zu drei bis vier Jahren verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Horthy-Jubiläum und Horthy-Kerker.

(P. G.) Das konterrevolutionäre Ungarn feiert mit großen Festlichkeiten und militärischen Aufmärschen das 10-jährige Regierungsjubiläum des blutigen Reichsverweisers Nikolaus von Horthy. Das Verlangen des sozialdemokratischen Abgeordneten Ghyörfi, in das Jubiläumsgesetz auch eine allgemeine politische Amnestie aufzunehmen, wurde vom Ministerpräsidenten Grafen Bethlen unter heuchlerischer Berufung auf die bolschewistische Gefahr abgelehnt. Das Amnestieedikt des Reichsverweisers bezieht sich in erster Linie auf die Vergehen der Befehlsgeber der Person des Reichsverweisers und auf kleinere Delikte, deren Strafmaß sechs Monate nicht übersteigen. Wie anderen Opfer der Konterrevolution, die nichts anderes getan haben, als daß sie politisch an den Vorgängen während der Revolution beteiligt waren, und alle unglücklichen Opfer der Horthy-Justiz, müssen weiter in den ungarischen Gefängnissen schmachten. Eine umfassende politische Amnestie und das Ende des Rachejelobzuges gegen die an der Revolution beteiligten Personen wird erst dann erreicht werden können, wenn in Ungarn das reaktionäre Regime gestürzt ist.

Keine Gnade für die Emigranten.

(P. G.) Von der sogenannten Amnestie anlässlich des Horthy-Jubiläums in Ungarn sind alle politischen Emigranten überhaupt ausgeschlossen. Im Amnestieedikt heißt es: „ausgenommen von der Amnestie sind diejenigen Personen“

Gandhis Kampf gegen England.

Paris, 10. März. Der Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung Mahatma Gandhi hat einem Sonderberichterstatter des „Matin“ ein ausführliches Interview über seinen Kampf gegen England gewährt. Er habe für sein Programm des „Nichtgehorens“ nur eine Grenze gesetzt, die er nicht überschreiten wolle: Sieg der Gewaltmäßigkeit. Er sei entschlossen zu handeln, bis entweder Indien seine Unabhängigkeit erhalten habe, oder bis er und alle seine Anhänger im Gefängnis säßen. Er sei sich klar darüber, daß seine Bewegung der Anarchie eventuell sogar Repressivmaßnahmen hervorrufen könne. Aber er sei nicht weniger sicher, daß er heute wirklich imstande sei, jede Zusammenarbeit mit den englischen Behörden unmöglich zu machen. Die Engländer müßten mindestens 50 000 Personen ins Gefängnis werfen, um überhaupt nur die hauptsächlichsten Führer der Unabhängigkeitsbewegung festzustellen. Er selbst sei sich bewußt, daß er als erster festgenommen werde. Bei der ersten Gelegenheit, die die Engländer finden könnten, um irgendwelche Repressalien zu rechtfertigen, dürften sie ihn selbst und seine treuen Freunde verhaften. Aber er hoffe, daß alle Völker der Welt, die noch ein Gefühl der Gerechtigkeit befüßen, den Engländern laut und deutlich sagten, weshalb sie solch ein Verbrechen an Indien begehen.

Die Hochwasserkatastrophe in Südfrankreich.

Paris, 10. März. Staatspräsident Doumergue und Ministerpräsident Lardier haben am Sonntagnachmittag die Küstereise aus dem Unwettergebiet nach Paris angetreten. Im Zuge gab Lardier den mitreisenden Journalisten Erklärungen über die Hilfsmassnahmen, die die Regierung einzuleiten beabsichtige. Den Geschädigten beabsichtigt man durch Geld oder Sachleistungen und durch Bau von Notwohnungen Hilfe zu bringen. Vor allen Dingen soll der Landwirtschaft schnellstens geholfen werden. Die Bevölkerung ist vorläufig in Baracken untergebracht. Die Kammer wird eine Reihe von Gesetzesentwürfen zu beraten haben, die die Unwetterkatastrophe betreffen. Es handelt sich einmal um ein Organisationsgesetz und um ein Gesetz für die Not der Geschädigten.

Paris, 10. März. Im Ueberseegebiet von Südfrankreich im Thale von Averbou hat sich ein neues Unglück ereignet. In der Nähe von Millan hat ein riesiger Bergbruch zwei kleine Dörfer und 15 Einzelgehöfte verschüttet.

Sozialdemokraten protestieren gegen die Scheinamnestie!

(P. G.) Die Festsetzung des Budapest Gemeinderates hat eine unliebbare Unterbrechung erfahren. Der Führer der sozialdemokratischen Gemeindefraktion Abgeordneter Peyer erklärte, daß die Sozialdemokraten, die beschloffen hatten, an der Sitzung nicht teilzunehmen, erschienen seien, um Protest gegen die Scheinamnestie zu erheben. Als Abgeordneter Peyer sich zu Wort meldete, verließ die ganze Rechte den Saal. Ein halbamtlicher Kommentar zum Amnestieedikt des Reichsverweisers erklärt, daß die Regierung bereit sei, einige während der Revolution begangene Straftaten besonders wenn sie sich im Rahmen von Massenaktionen vollzogen haben, zu amnestieren. Im Justizministerium seien auch Vorbereitungen für eine teilweise Liquidierung der Emigration im Gange. Die Gerichte werden „fallweise“ über die Amnestierung entscheiden.

